

die Volksbildung! Das ist das wahre Gegengewicht gegen jede Ausschreitung des allgemeinen Stimmrechts. Bilden wir das Volk, machen wir das Volk dadurch wahrhaft würdig und befähigt, seine Rechte und Pflichten zu verstehen, so haben wir auch in der Ausübung selbst der unbeschränktesten Freiheit nichts für den Einzelnen zu befürchten; wohl aber Alles zu hoffen für das Beste der Allgemeinheit.

Abg. Sachße: Es wird nicht überflüssig sein, in Kürze darauf aufmerksam zu machen, daß die Debatte über Punkt 5 und 6 bisher für die künftige Gesetzgebung irgend welches Material nicht geliefert hat; denn selbst die Herren Antragsteller mit denen die sie unterstützt haben, haben uns nicht zu sagen gewußt, was sie an Stelle dessen, was sie einreißen wollen, wieder aufbauen wollen. Ich habe zur Vorsicht unserer Staatsregierung das Vertrauen, daß sie sich da, wo selbst die Herren Antragsteller nicht wissen, was geschaffen werden soll, nicht auf die schlüpfrige Bahn eines ungewissen Fortschrittes hinreißen lassen wird, sondern daß sie dann in ächt conservativem Sinne eben zunächst Das behalten wird, was wir haben. Denn, meine Herren, zu welcher Staatsweisheit kommen wir, wenn wir weiter nichts sagen, als: das Bestehende muß eingerissen werden; was wir an dessen Stelle setzen sollen, das wissen wir nicht. Sind solche Zustände vorhanden, dann ist eben, meine Herren, das Richtige, wir lassen es beim Bestehenden, bei dem sich schon eine Reihe von Jahren so recht gut gelebt hat.

Nun habe ich gestern und heute und vorgestern vielfach schon gehört: „In allen Kreisen der Bevölkerung ist der Ruf laut erschollen nach Umänderung des Bestehenden, nach Selbständigkeit der Gemeinde! Nun, meine Herren, ich bewege mich auch in den Kreisen der Bevölkerung; ich habe aber von diesem allgemeinen Rufe Nichts gehört, einige Weltverbesserer, die derartige Gedanken hegen und gegen ihre Wähler aussprechen, die existiren allerdings allenthalben. Ob dies gerade aber Diejenigen sind, denen die Staatsregierung bei der Gesetzgebung Rechnung zu tragen hat, lasse ich dahin gestellt sein. Für alle solche Verbesserungen haben wir allerhand Gründe vorbringen hören. Mir ist unter allen besonders einer remarquable gewesen, den ich heute habe von einem Vorredner aussprechen hören: „Seitdem uns das Jahr 1866 durch den Erlaß des Reichstagswahlgesetzes mündig gesprochen hat, seitdem ist es eine dringende Forderung an den Staat, daß er die gleiche Mündigkeit auch in unserem Staatsleben eintreten läßt.“

Nun, meine Herren, Sie kennen doch wohl die Entstehung des Reichstagswahlgesetzes; Sie wissen doch wohl, daß der Schöpfer dieses Reichstagswahlgesetzes gern einen Reichstag haben wollte, nicht gerade, der mündig war, sondern, der ihm mundrecht war

(Weiterkeit.)

und diesen Effect hat er vollständig erreicht; dies lehren die Effecte des Reichstags.

Abg. Walter: Meine Herren! Daß der Herr Abg. Sachße sprechen würde, Alles beim Alten zu lassen, das, glaube ich, hat wohl nicht einen Einzigen überrascht, das haben wir wohl Alle erwartet.

(Weiterkeit.)

Also darauf zurückzugehen und hinzuweisen, überlasse ich denjenigen Herren, die den Antrag gestellt haben. Ich gebe zu, daß alle Herren Redner, welche für ein Classensystem gesprochen haben und die Bedenken, die selbe hervorgehoben, sie vollkommen zu ihren Ansichten berechtigen. Ich muß mir allerdings auch sagen, daß bei den augenblicklichen Verhältnissen es sehr gefährlich sein wird, wenigstens auf eine Zeit lang, das allgemeine directe Wahlrecht zu ertheilen. Dennoch stimme ich für beide Punkte, und zwar aus folgenden Gründen. Meine Herren! Es ist ganz unmöglich, das Verlangen nach dem allgemeinen directen Wahlrecht mit der Zeit vollständig zu ignoriren. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß die sogenannten Führer der Arbeiter förmlich als *commis voyageurs* auf das sogenannte allgemeine und directe Wahlrecht herumreisen und mit diesem allgemeinen und directen Wahlrechte und ähnlichen Phrasen behörden sie die Leute und wiegeln sie auf. Lassen Sie uns doch rein auf praktischem Boden stehen bleiben! Wohin man in der Provinz kommt und wenn man mit den Leuten spricht, so beklagen sie sich immer über Zurücksetzung und sagen, daß sie ebenso berechtigt, wie jeder andere Staatsbürger seien, daß ihnen aber nicht dieselben Rechte zugetheilt würden, die die Wohlhabenden besitzen. Wir sind übrigens in dieser Beziehung schon weiter gegangen, wie früher, und wir werden uns nicht entbrechen können, mit der Zeit vollständig Das zu gewähren, was in diesen beiden Punkten enthalten ist. Augenblicklich wäre die Gewährung noch ein gewisses Geschenk; aber mit der Zeit wird solche als eine Forderung hintrreten, als eine so gebieterische Forderung, daß wir gar nicht mehr wissen, in welcher Weise sie an uns herantritt. Ich meine deshalb, schon aus rein praktischen Gründen muß man diesen Vorschlägen zustimmen und wir können es zur Zeit ohne große Furcht thun. Ich gebe zu, daß in der ersten Zeit Unzuträglichkeiten und Unordnungen entstehen können; selbst wenn etwas nicht Passendes aus einer derartigen Vertretung hervorkommen sollte, so kann dies nichts helfen, es muß eben erst durchgemacht werden; es geht nun einmal nicht ander. Und wenn die Unvernunft auch noch so groß ist, so können wir die Leute nie vernünftig machen, wenn wir ihnen nicht die Gelegenheit geben, vernünftig denken und vernünftig handeln zu lernen. Ich werde demgemäß nur aus diesen Gründen für die Streit'schen Anträge stimmen. Wenn ich nicht einsähe, daß wir nicht umhin können, mit der Zeit doch thun zu müssen, was die